



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

7. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Dienstag, 21. November 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel

<b>Inhalt</b>	Michael Andrejewski, NPD .....	4
	Reinhard Dankert, SPD .....	4
	B e s c h l u s s .....	5
<b>Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT .....</b>	B e s c h l u s s .....	5
		2
<b>Erweiterung der Tagesordnung .....</b>		2
Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung) .....		2
B e s c h l u s s .....		2
Birger Lüssow, NPD (zur Geschäftsordnung) .....		3
B e s c h l u s s .....		3
Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung) .....		3
B e s c h l u s s .....		4
<b>Einsetzung von Ausschüssen .....</b>		4
Antrag der Fraktion der NPD: <b>Einsetzung von Ausschüssen</b> – Drucksache 5/59 – .....		4
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP: <b>Einsetzung von Ausschüssen</b> – Drucksache 5/65 – .....		4
	Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)</b> – Drucksache 5/58 – .....	5
	<b>Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses</b> – Drucksache 5/73 – .....	5
	Sylvia Bretschneider, SPD .....	5
	Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS .....	6
	Volker Schlotmann, SPD .....	7
	Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS .....	7
	Udo Pastörs, NPD .....	8
	Dr. Armin Jäger, CDU .....	9
	Michael Roof, FDP .....	10
	B e s c h l u s s .....	10
	<b>Nächste Sitzung</b> Mittwoch, 6. Dezember 2006 .....	11

**Beginn: 14.06 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 7. Sitzung des Landtages. Die Mitglieder des Landtages der Fraktionen der SPD und CDU haben gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 7. Sitzung liegt Ihnen vor.

Im Ältestenrat ist unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen des vorläufigen Ausschusses vereinbart worden, die vorläufige Tagesordnung wie folgt zu verändern. Der bisherige Tagesordnungspunkt 2 – Einsetzung von Ausschüssen – wird als Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen. Als Tagesordnungspunkt 2 wird aufgerufen: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, auf Drucksache 5/58, und hierzu Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/73. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 7. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Von der Fraktion der NPD liegt Ihnen ein Antrag auf Drucksache 5/60 zum Thema „Absage des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Die Fraktion der NPD hat mitgeteilt, dass das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht wird. Dann bitte ich den Fraktionsvorsitzenden, die Dringlichkeit zu begründen.

**Udo Pastörs,** NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erneut beantragen wir von der NPD-Fraktion in Bezug auf den G8-Gipfel in Heiligendamm die Absage dieses Treffens. Nachdem bekannt wurde, dass auch die veranschlagten 92 Millionen Euro nicht ausreichen, zwischenzeitlich bereits von über 100 Millionen Euro die Rede ist, muss ernsthaft hier und heute darüber geredet werden, ob nicht doch die Notbremse vom Landtag zu ziehen ist.

Dringlich ist unser Antrag auch deshalb, weil Sie von der Regierung offenbar enorme Mittel durch Rechenricks aus anderen Haushaltspositionen verwenden wollen. So ist uns noch nicht klar, wie viele Vermerke zur wechselseitigen Deckungsfähigkeit von Kostentiteln Sie im Haushaltsplan überall versteckt haben.

Die vollmundigen Ankündigungen gerade von Ihnen, Herr Schlotmann, von der SPD-Fraktion auf die Möglichkeit aller Optionen müssen jetzt auch Umsetzung finden. In der Debatte um die Absage des Gipfels können Sie doch darlegen, sehr verehrter Herr Schlotmann,

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS)

Herr Schlotmann, warum Sie nach wie vor am G8-Gipfel festhalten wollen.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung der Lage, da jetzt noch die Kosten minimiert werden können. Jeder Tag, der ins Land geht, ohne dass der

Gipfelzirkus von uns abgesagt wird, kostet Mecklenburg-Vorpommern enormes Geld. Jeder Tag des Zögerns, des weiteren Wartens ist mit riesigen Finanzrisiken verbunden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die von Ihnen zu beantwortende Provinzposse sollte heute hier von den Volksvertretern beendet werden können. Wir können nicht nur über Zaunkosten und Kosten für allerlei Tand und Firlefanzen sowie Kosten für vielleicht gebratene Wachteileier und dezent eingelegte Froschschenkel diskutieren,

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

ohne über die Grundsatzentscheidung debattieren zu können.

Unser Antrag ist dringlich, weil die Grundentscheidung eigentlich im Dezember schon nicht mehr getroffen werden kann, denn bis dahin wird die Landesregierung die Aufträge schon vergeben haben. Der Landtag hat dann keinerlei Entscheidungskompetenzen mehr und steht vor vollendeten Tatsachen, meine Damen und Herren. Dies kann heute hier noch verhindert werden.

Sie können, Herr Schlotmann, uns heute eben keine Verwaltungsvereinbarung mit der Bundesregierung vorgelegen. Der Kanzleramtsminister de Maizière hat unseren Innenminister wie einen armen Bittsteller in Berlin empfangen. Wer den G8-Gipfel mit samt Luxusessen und Ausstattung des Kempinski-Hotels mit Luxusdaunen, Bettfüllungen und Spezialdamastwäsche bestellt, sollte diesen Unfug auch bezahlen.

(Reinhard Dankert, SPD: Haben Sie da schon übernachtet? Sie scheinen ja schon mal da gewesen zu sein. –  
Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Dringlichkeit ist geradezu erdrückend, da im alten Landtag die Fraktion der PDS entweder getäuscht wurde oder aber geschlafen hat.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:  
Weder noch.)

Aus dem Schlaf der Gerechten sind die Linkssozialisten ja nun mittlerweile erwacht.

Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Antrag der NPD zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt über diesen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage abstimmen. Wer dem Antrag der NPD-Fraktion zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag mit den Mehrheiten aller Fraktionen bei Zustimmung der NPD-Fraktion abgelehnt.

Von der Fraktion der NPD liegt Ihnen ein weiterer Antrag auf Drucksache 5/68 zum Thema „Freistellung der Kommunen und Kreise von Kosten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Die Fraktion der NPD hat mitgeteilt, dass das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht wird.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Lüssow.

**Birger Lüssow**, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Dringlichkeit unseres Antrages ergibt sich schon allein aus der Logik der Sache. Nach und nach lässt die Landesregierung die Katze aus dem Sack. Es ist nahezu absurd, die Kosten für sogenannte nicht polizeiliche Gefahrenabwehr den betroffenen Kreisen aufzudrängen. Zusätzliche Mehrbelastungen von mindestens 7 Millionen Euro entstehen allein für Rostock, 2,5 Millionen für den Kreis Güstrow, für den Kreis Bad Doberan sind die Millionen noch gar nicht abzusehen. Diese Kostenlast kann nicht so mir nichts, dir nichts hingenommen werden.

Sie alle in diesem Hohen demokratischen Haus wissen ganz genau, dass meine Heimatstadt Rostock pleite ist. Es ist deshalb schon paradox – und das unterstreicht die Dringlichkeit unseres Antrages –, dass Sie bei der Kostenbeschaffung den finanziell ruinierten Städten und Gemeinden ans Geld gehen wollen, was gar nicht vorhanden ist. Sie sollten endlich begreifen, dass man einem nackten Mann nicht in die Tasche greifen kann. Das versucht die Bundesregierung bei der Kostenabwälzung mit unserem völlig überschuldeten Bundesland. Soll diese doch erst einmal ihre offenen Rechnungen vom Bush-Besuch bezahlen. Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Kommunen mit Kosten belastet werden, für welche Frau Merkel mit ihrer Großmannssucht und die Landesregierung die Verantwortung zu tragen haben.

Die Dringlichkeit ergibt sich auch aus der enormen Schuldenangst, welche zwischenzeitlich bei den Kassenwartenden der Städte und Kreise herrscht. Mancher Finanzverwalter wird in die pure Verzweiflung getrieben, wenn nicht hier und heute haushalterische Klarheit und Sicherheit geschaffen werden. Es kann nicht angehen, dass im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel jeden Tag eine andere Sau durchs Land getrieben wird.

(Zuruf aus dem Plenum: Na, na, na!)

Hier und heute muss festgelegt werden, dass diejenigen das Schlachtfest bezahlen, welche es bestellt haben.

Sie sollten sich schon klarmachen, dass, nachdem der Bund sich ziert, die Länder abwinken, abgesehen von Schleswig-Holstein, und jetzt nicht unsere Städte und Kreise zur Ader gelassen werden, um den Gipfelmist zu bezahlen. Die Bürger unseres Landes erwarten, dass die Zeche nicht von den schwächsten Gliedern abgedrückt werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie eindringlich um Zustimmung zu der Dringlichkeit des Antrages der NPD-Fraktion auf Freistellung der Kommunen von den Kosten des G8-Gipfels. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es der Würde des Hohen Hauses nicht gerade entspricht, mit der Hand in der Hosentasche hier vorn Anträge zu begründen. Ich bitte Sie, zukünftig darauf zu achten.

(Beifall Werner Kuhn, CDU,  
und Burkard Lenz, CDU)

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag bei Zustimmung der NPD-Fraktion und den Gegenstimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Von der Fraktion der NPD liegt Ihnen ein Antrag auf Drucksache 5/69 zum Thema „Absage der Ausrichtung des G8-Gipfels gegenüber der Bundesregierung“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Die Fraktion der NPD hat mitgeteilt, dass das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht wird.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster.

**Stefan Köster**, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Hier geht es um Glaubwürdigkeit und um Wahrhaftigkeit in der Schweriner Landespolitik.“

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Dieses sagte am vergangenen Freitag der ehemalige Landesinnenminister Herr Timm und allein dieser Kommentar begründet die Dringlichkeit unseres Antrages, der ja lautet, dass der G8-Gipfel abgesagt wird, „wenn nicht bis zum 30.11.2006 eine Verwaltungsvereinbarung zur Übernahme der wesentlichen Kosten für den G8-Gipfel durch den Bund vorgelegt werden kann.“

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Seit Beginn dieses Jahres sollen allen Beteiligten die ausufernden Kosten des G8-Gipfels bekannt gewesen sein. Insofern hält es unsere Fraktion für sehr scheinheilig, wenn in diesem Hohen Haus die Verantwortung immer auf andere abgewälzt wird. Selbstverantwortung ist hier im Schloss offenbar ein Fremdwort.

Am vergangenen Freitag fand in Berlin der sogenannte Krisengipfel zur Finanzierung des G8-Gipfels statt. NDR 1 Radio MV hat die Vertreter der Landesregierung hier als Bittsteller bezeichnet und wenn die Medien die Vertreter der Landesregierung schon als Almosensammler bezeichnen, ist es für den Landtag dringend geboten zu beraten, wie gegebenenfalls die Notbremse gezogen werden kann und muss.

Ebenso ist es spätestens seit letzter Woche klar, dass sich die alte Landesregierung um diesen Gipfel beworben hat und wissen musste, dass hiermit nicht unerhebliche Kosten verbunden sind. Es grenzt für mich schon an Zynismus,

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: O Gott! Das  
war wohl 'ne freudsche Fehlleistung. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

an Zynismus, wenn die in der vergangenen Wahlperiode vertretenen Parteien nun auf einmal erklären, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Der Landtag der 5. Wahlperiode hat jetzt dringend die Verpflichtung gegenüber dem Land und den Menschen,

verantwortungsvoll zu handeln. Es zeugt von grober Fahrlässigkeit der alten Landesregierung, die offensichtlich glaubte, das Finanzloch würde sich in Luft auflösen. Die Bundesregierung ist laut Vizeregierungssprecher Steg nicht daran interessiert, Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Wir, die Abgeordneten der 5. Wahlperiode des Landtages, haben nun dringend zu entscheiden, wie das Land mit der finanziellen Situation umzugehen hat.

Wir, die NPD-Fraktion, halten es für dringend geboten, die Reißleine zu ziehen, wenn der Bund einerseits der Welt Friede, Freude, Eierkuchen vorspielen will, andererseits unser Land dadurch das angerichtete Finanzchaos zu tragen hat. Betrachten wir die Ereignisse um den Bush-Besuch im Sommer, muss jedem im Hause klar sein, dass wir die Hauptlast der Kosten zu tragen haben. Der Landtag muss der Landesregierung dringend Rahmenbedingungen zur finanziellen Ausgestaltung des Gipfels geben. Der Landtag kann und darf sich nicht darauf verlassen ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Köster, die Zeit für die Begründung des Dringlichkeitsantrages ist abgelaufen.

**Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung):** Ich komme zum Ende.

Aus Verantwortung für unser Land sind wir dringend verpflichtet, Finanzgrenzen zu setzen, und, wenn diese nicht möglich sind, uns von der Ausrichtung des Globalisierungsgipfels zu befreien. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich stelle auch hier die Frage: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das sehe und höre ich nicht.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag mit dem gleichen Stimmverhalten wie bei den vorherigen Abstimmungen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Einsetzung von Ausschüssen. Hierzu gibt es einen Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/59 und einen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP auf Drucksache 5/65.

#### **Einsetzung von Ausschüssen**

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Einsetzung von Ausschüssen  
– Drucksache 5/59 –**

**Antrag der Fraktionen der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP:  
Einsetzung von Ausschüssen  
– Drucksache 5/65 –**

Wird das Wort zur Begründung der vorliegenden Anträge gewünscht?

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Herr Andrejewski, Sie haben das Wort.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anzahl der Ausschüsse sollte sich nicht danach richten, dass die NPD nun bloß keinen Ausschussvorsitzenden bekommen soll. Das wäre doch gar nicht so schlimm. Sie ertragen es mittlerweile tapfer, dass wir in den Landtag gekommen sind. Einige

haben im Wahlkampf gesagt, sie würden es nicht aushalten, wenn man uns die Schlüssel für das Schloss geben würde, und die Betroffenen sind noch gesund und munter hier. So schlimm wäre das doch gar nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie haben zum Glück keine Schlüssel fürs Schloss. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nicht fürs Schloss.)

Haben wir, für unsere Büros. Wir sind im Schloss.

Es sollten vielmehr sachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Es ist schon zweifelhaft, ob die Zusammenlegung von Ministerien so sinnvoll ist. Man spart vielleicht einen Minister und einen Staatssekretär ein, aber was ist das für ein Aufwand, zwei bis dahin unabhängig voneinander arbeitende Verwaltungsapparate zu korrelieren und zu verschmelzen, sodass das auch funktioniert. Damit schafft man unspezialisierte und unübersichtliche Monster. Superministerien sind nicht super, sondern zu groß und zu schwerfällig.

Gleiches gilt für Superausschüsse. Der vorläufige Ausschuss ist eindeutig zu super gewesen. Das haben Sie mittlerweile auch eingesehen. Er ist viel zu wenig qualifiziert und spezialisiert, um die vielfältigen Sachfragen aufzuarbeiten, die im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel stehen. Ähnliches gilt für den von Ihnen geplanten kombinierten Wirtschafts-, Arbeits- und Tourismusausschuss. Tourismus ist für Mecklenburg-Vorpommern viel zu wesentlich, um in einem Aufwasch mit anderen Sachfragen bearbeitet zu werden. Mecklenburg-Vorpommern ist das Tourismusland Nummer eins und das Tourismusland Nummer eins braucht doch einen eigenen Tourismusausschuss.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: NPD und Tourismus! Wie geht das?)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort zur Begründung für den Antrag der anderen Fraktionen wird von Herrn Dankert gewünscht. Bitte schön.

**Reinhard Dankert, SPD:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es auch kurz machen. Der Antrag spricht an sich für sich. Wir haben die Ausschussanzahl sowie auch deren Bezeichnung bis auf den Petitionsausschuss den Ministerien entsprechend gewählt mit einem ganz kleinen Unterschied, dass wir bei Punkt 3 gesagt haben Europa- und Rechtsausschuss, weil wir meinen, dass das Thema Europa hier in Zukunft eine ganz wichtige Angelegenheit für Mecklenburg-Vorpommern ist.

Vielleicht noch eine ganz kurze Bemerkung zu der Einbringungsrede der NPD. Diese steht natürlich im Widerspruch zu Ihrem eigenen Vorschlag. Theoretisch hätten Sie, wenn Sie kritisieren, dass Landwirtschafts- und Umweltausschuss oder Landwirtschaft und Umwelt in einem Ministerium zusammengeführt werden, auch beantragen müssen, dass es den 11. Ausschuss gibt. Aber so weit gehen Sie da nicht. Insofern ist das auch mal wieder laue Luft, was Sie hier sagen.

(Stefan Köster, NPD: Dann haben Sie nicht zugehört.)

Das kann vielleicht sein. Aber ich sehe Ihren Antrag und habe die Rede gehört. Wir bleiben dabei, dass es den Ministerien entsprechen sollte. Plus den verfassungsmäßig garantierten Petitionsausschuss ergibt das dann

insgesamt die Anzahl wie auf unserem Antrag. Ich bitte also um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Im Ältestenrat ist eine Verständigung zur Dauer der Aussprache leider nicht erfolgt. Ich schlage Ihnen daher eine Aussprachedauer von 30 Minuten vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer mit der Dauer der Aussprache von 30 Minuten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Vorschlag bei Zustimmung aller Fraktionen und Enthaltung der NPD-Fraktion so gefolgt worden.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Herr Professor ...

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Punkt 2!)

Entschuldigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen vor.

(allgemeine Unruhe – Heiterkeit bei Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja, wenn keine Wortmeldungen vorliegen.)

Nun frage ich mich, warum wir uns nicht verständigen konnten. Gut.

(Beifall und Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/59 abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/59 bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP auf Drucksache 5/65. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP auf Drucksache 5/65 von den Fraktionen der Antragsteller angenommen und von der Fraktion der NPD abgelehnt worden. Damit ist der Antrag angenommen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, auf Drucksache 5/58, hierzu Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses, Drucksache 5/73.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung  
eines Nachtrags zum Haushaltsplan  
für das Haushaltsjahr 2006  
(Nachtragshaushaltsgesetz 2006)  
– Drucksache 5/58 –**

### **Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses – Drucksache 5/73 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat vereinbarungsgemäß die Vorsitzende des vorläufigen Ausschusses, die Landtagspräsidentin Frau Bretschneider.

**Sylvia Bretschneider, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006“ auf Drucksache 5/58 in Erster Lesung in seiner Sitzung am 15. November 2006 beraten. Er hat den Gesetzentwurf an den vorläufigen Ausschuss überwiesen, der nach Paragraph 9 Absatz 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung bis zur Einsetzung der ständigen Ausschüsse deren Aufgaben wahrnimmt.

In der heutigen Sitzung des Landtages sollte ursprünglich die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes erfolgen. Dazu hätte der vorläufige Ausschuss den Gesetzentwurf abschließend beraten und dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorlegen sollen. Der vorläufige Ausschuss konnte diese abschließende Beratung nicht durchführen. Deshalb liegt dem Landtag nunmehr ein Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses vor.

Als Vorsitzende des Ausschusses möchte ich Ihnen eine kurze Sachstandsinformation zum Beratungsverlauf geben.

Der vorläufige Ausschuss hat den Gesetzentwurf unmittelbar nach der Plenarsitzung am vergangenen Mittwoch in einer ersten Beratung erörtert. An der Sitzung haben auch die Finanzministerin und der Innenminister mit den Experten ihrer Ministerien teilgenommen und die seitens der Fraktionen aufgeworfenen Fragen, soweit dies möglich war, unmittelbar beantwortet. Dafür darf ich mich bei Ihnen, Frau Finanzministerin, und bei Ihnen, Herr Innenminister, nochmals herzlich bedanken.

In dieser ersten Sitzung war seitens der Koalitionsfraktionen weiterer Zeitbedarf für die inhaltlichen Beratungen in den Fraktionen gesehen worden.

Seitens der Fraktion der Linkspartei.PDS war ein Entschließungsantrag eingebracht worden, wonach die Landesregierung aufgefordert werden sollte, das Landesparlament unverzüglich über die aktuelle Haushaltslage des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten. Dazu sollten die Auswirkungen der regionalen Steuer-schätzung, der neueste Sachstand zu den erwarteten Einnahmen, zu den Ausgaben per 31. Oktober 2006 und zur geplanten Inanspruchnahme der Kreditermächtigung dargelegt werden. In diesem Zusammenhang sollte die Landesregierung auch über das Verfahren und die Höhe der Beteiligung der Kommunen an den Mehreinnahmen des Landes im Jahr 2006 informieren.

Seitens der Landesregierung war mit Schreiben vom 16. November 2006 der Stand des Haushaltsvollzugs per 31. Oktober 2006 zur Unterrichtung der Mitglieder des vorläufigen Ausschusses übermittelt worden und damit nach Auffassung der Landesregierung der erste Punkt des Entschließungsantrages der Linkspartei.PDS zum Stand der Ausgaben abgearbeitet. Unabhängig davon hat die Fraktion der Linkspartei.PDS nochmals hervorgehoben, dass vor diesem Hintergrund eine Beratung des Gesetzentwurfes im vorläufigen Ausschuss mit einer entsprechenden Befassung in den Fachausschüssen nicht vergleichbar sei, da diese sich im Nachhinein mit den Umschichtungen der außerplanmäßigen Ausgaben und

der Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten befassten müssten.

In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Ausschusses war seitens der Koalitionsfraktionen die Frage aufgeworfen worden, zu welchem Zeitpunkt eine Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierungsanteile des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu erwarten sei. Die Vertreter der Landesregierung haben erklärt, dass Bund und Land in einem Gespräch am 17. November 2006 aufeinander zugegangen seien und die Ergebnisse dieses Gesprächs in einer Verwaltungsvereinbarung zu konkretisieren seien, die bis Ende November 2006 abgeschlossen sein solle und in der – soweit das zurzeit möglich erscheine – die Landesinteressen von Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt würden. Vor dem Hintergrund dieser Aussage haben die Koalitionsfraktionen vorgeschlagen, die Beratung des Gesetzentwurfes mit einem Zwischenbericht an den Landtag im vorläufigen Ausschuss zu beenden. Mit der Einsetzung der Fachausschüsse sollte der Gesetzentwurf an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden.

Erwähnen möchte ich noch, dass die Fraktion der Linkspartei.PDS die Frage aufgeworfen hat, ob sich aus der Verschiebung der Zweiten Lesung des Nachtragshaushaltes Auswirkungen auf den Bau des Zaunes ergeben würden. Bisher habe die Landesregierung argumentiert, dass ein erheblicher Zeitdruck bestehe. Seitens der Landesregierung wurde dazu erklärt, dass eine um 14 Tage verzögerte Beschlussfassung wohl ein Risiko bei der baulichen Umsetzung des Projektes darstelle, aber angesichts der politisch noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildung gerade noch hinnehmbar sei.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Der vorläufige Ausschuss hat zum weiteren Verfahren die Auffassung vertreten, dass er im Hinblick auf die noch ausstehende Verwaltungsvereinbarung die Beratungen in der Sache bis zur Einsetzung der ständigen Fachausschüsse nicht mehr abschließen könne. Von daher sei es nicht möglich, bis zu diesem Zeitpunkt eine Beschlussempfehlung zum Inhalt des Gesetzentwurfes zu beschließen. Deswegen könne er lediglich einen Zwischenbericht abgeben, der dem Landtag die Möglichkeit eröffne, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen.

Vor diesem Hintergrund hat der vorläufige Ausschuss dem Ältestenrat empfohlen, in der heutigen Sitzung, so, wie wir es vorhin hier im Plenum vereinbart haben, anstelle der Zweiten Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes den Zwischenbericht des vorläufigen Ausschusses zu den bisherigen Beratungen des Gesetzentwurfes vorzusehen. Einigkeit bestand im vorläufigen Ausschuss darüber, dass der Gesetzentwurf an den Finanzausschuss federführend und an den Innenausschuss mitberatend überwiesen werden sollte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung waren noch einige Fragen in der Sache aufgeworfen worden. Seitens der Landesregierung war angeboten worden, diese im Rahmen der weiteren Beratung in den Fachausschüssen zu beantworten. Im Einzelnen verweise ich auf den Ihnen vorliegenden schriftlichen Zwischenbericht und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznaegel:** Danke schön, Frau Bretschneider.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 hat die Fraktion der NPD drei Änderungsanträge vorgelegt, die den übrigen Fraktionen zugeleitet worden sind. In der gestrigen Ältestenratssitzung bestand Einvernehmen darüber, dass wir uns heute noch nicht in der Zweiten Lesung zum Gesetzentwurf befinden, da noch keine Beschlussempfehlung in der Sache vorliegt, ohne die eine Zweite Lesung von Gesetzentwürfen nach Ausschussüberweisung nicht durchgeführt werden kann. Im Hinblick darauf sind Änderungsanträge zum Gesetzentwurf gemäß Paragraph 48 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung im Rahmen der laufenden Beratung nicht zulässig, auch wenn sie in der Sache zulässig sind. Diese werden in der Zweiten Lesung zur Abstimmung gestellt, wenn über den Gesetzentwurf abgestimmt wird. Den Antragstellern bleibt es unbenommen, diese auch im Rahmen der Ausschussberatung zu beantragen.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Herr Professor Methling.

**Dr. Wolfgang Methling,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche sprach ich hier an dieser Stelle von der Gefahr, dass der G8-Gipfel ein Risikogipfel werden könnte. Inzwischen wissen wir, in den letzten Tagen ist dieses offensichtlicher geworden, dass der Risikogipfel tatsächlich noch riskanter ist, denn das Gespräch mit der Bundesregierung, über das die Frau Präsidentin berichtet hat, ist ja wohl weitestgehend ergebnislos gewesen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wie kommen Sie darauf? Wie kommen Sie darauf?)

sonst wäre es wohl möglich gewesen, sich auf wesentliche Positionen zu verständigen. Aber wir erwarten ja jetzt die Verwaltungsvereinbarung Ende des Monats November.

Die Eilbedürftigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist offensichtlich auch nicht mehr ganz so stark ausgeprägt wie vor sechs Tagen. Das überrascht uns einerseits, andererseits ist es gut für ein geordnetes parlamentarisches Verfahren mit Beteiligung der Ausschüsse, zumindest des Innenausschusses und des Finanzausschusses. Sicherlich wäre es auch zweckmäßig, weitere Ausschüsse zu beteiligen, was angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit wohl kompliziert ist. Die Fraktion der Linkspartei.PDS wird auf jeden Fall Anhörungen im Rahmen dieser Ausschussbefassungen beantragen.

Ich appelliere an meine Kollegen von der SPD, dass sie zu ihren Aussagen in der vergangenen Woche stehen, was die Übernahme von Kosten durch den Bund betrifft, und dass, wenn dieses nicht befriedigend für das Land ausfällt, gegebenenfalls alle Optionen zu prüfen sind, bis hin zur Absage der Ausrichtung des Gipfels. Es geht, wie wir jetzt auch sehr genau wissen, nicht mehr nur um die Klärung der Kostenübernahme für das Land beziehungsweise die Aufteilung zwischen Bund und Land, sondern auch um die Klärung der Kostenübernahme beziehungsweise -erstattung für die betroffenen Kommunen und Landkreise. Die Zahlen sind ja inzwischen auch öffentlich geworden. Und ich will betonen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben bei unserer Auffassung: Wer die Musik bestellt hat, der muss sie auch bezahlen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Professor Methling.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Herr Schlotmann.

**Volker Schlotmann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vielen Dank, Professor Methling, dass Sie meinen Namen wenigstens richtig ausgesprochen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir haben am vergangenen Mittwoch hier im Landtag den Entwurf der Landesregierung für den Nachtragshaushalt – ich nenne es mal kurz „G8-Gipfel“ – beraten und in den vorläufigen Ausschuss überwiesen. Ich habe dies ausdrücklich mit der Forderung an den Bund verbunden, sich zu den Kosten, die über den für die eigene Landespolizei liegen, klar zu positionieren und zu der Frage der Kostenübernahme Aussagen zu treffen.

Nun können wir feststellen, dass es dazu am vergangenen Freitag, und das sehe ich anders als Sie, sehr ernsthafte Verhandlungen mit dem Bund gegeben hat und in den nächsten zwei Wochen weitere ernsthafte Verhandlungen dazu geben wird, wie wir mit diesen Kosten klarkommen sollen in diesem Lande. Sie können da ja schamhaft Ihr Selbstbewusstsein zurückstellen, ich tue das nicht und meine Fraktion tut das auch nicht. Ich sage Ihnen ausdrücklich, das kann man als gutes Zeichen ansehen, wenn man will – wenn man will! –, und das ist auf den Druck aus diesem Parlament zurückzuführen, dass wir jetzt an dieser Stelle sind. Vor ein paar Monaten hätten Sie das wahrscheinlich in der gleichen Weise interpretiert.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die Gespräche werden jetzt fortgeführt und sollen bis zum Monatsende, das haben wir hier auch schon mehrfach gehört, mit einer Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren, das Selbstverständnis dieses Parlamentes erfordert es, angesichts der schwierigen Situationen bei diesem Thema eine belastbare Grundlage für die Beratungen und Beschlussfassungen in den Ausschüssen zu haben. Und das, das sage ich Ihnen hier ausdrücklich, das wird die angekündigte Verwaltungsvereinbarung sein. Aus diesem Grunde beantrage ich hier für meine Fraktion, den Beschluss des Landtages vom 15.11.2006 zur Überweisung des Gesetzentwurfes in den vorläufigen Ausschuss so zu ändern, dass der Nachtragshaushalt federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss überwiesen wird. Ziel meiner Fraktion ist es, in der Dezembersitzung des Landtages den Antrag abschließend in Zweiter Lesung zu beraten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So richtig wohl fühlten Sie sich nicht bei der Rede.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also

was wir heute erleben, das nenne ich schlichtweg ein Armutszeugnis. Im Interesse des Landes hat das Parlament durchgesetzt, dass wir zu einem geordneten Verfahren kommen.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Das dachten wir von Anfang an.)

Und insofern bin ich natürlich froh, dass man auch unserer Kritik gefolgt ist, dass es eigentlich nicht nur um den Sicherheitszaun allein geht und er Gegenstand der Debatte ist mit den beantragten 12,5 Millionen Euro, sondern dass es wichtig ist, der Regierung keinen Blankoscheck auszustellen. Denn es stellt sich doch die Frage, wer wohl die Polizisten bezahlt, die den 11-Millionen-Zaun bewachen sollen. Und deshalb erwarten wir, dass die Landesregierung uns reinen Wein einschenkt. Das betrifft die genaue Höhe der Kosten und die Finanzaufteilung. Deshalb ist es richtig, auf die Verabschiedung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land zu warten, denn sie gehört endlich auf den Tisch.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Offensichtlich, meine Damen und Herren, ist hierzu der Druck dieses Parlamentes vonnöten.

Ich gehe davon aus, dass Sie dem Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion folgen, diesen Gesetzentwurf in die Fachausschüsse zu überweisen, und denke, dass die sicherheitspolitischen Fragen, zu denen wir ja nicht gekommen sind und wo die Landesregierung gesagt hat, sie wird sie beantworten, in den Fachausschüssen eine Rolle spielen müssen, denn aus diesen ergeben sich weitere Folgekosten, die wir zu berücksichtigen haben.

In diesem Zusammenhang warne ich Sie allerdings davor, meine Damen und Herren, einen Deal mit dem Bund einzugehen, einen Deal, der darauf abzielt, die noch nicht bezahlten Kosten für den Bush-Besuch in diesem Jahr, die summa summarum 14 bis 15 Millionen Euro betragen und nicht bezahlt sind,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Was hat man Ihnen denn wieder alles erzählt?!)

mit den Kosten des G8-Gipfels im nächsten Jahr verrechnen zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Stefan Köster, NPD – Harry Glawe, CDU: Was hat man Ihnen erzählt?! – Volker Schlotmann, SPD: Nur was ich selber denk und tu, das traue ich auch dem andern zu!)

Wie heißt doch das schöne Sprichwort? – „Getroffene Hunde ...“?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sie waren jeden Tag dabei, Frau Gramkow.)

Meine Damen und Herren, das sind doch zwei Paar Schuhe.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Vielleicht gelingt es ja doch, über die Kleine Anfrage herauszubekommen, Herr Glawe:

(Harry Glawe, CDU: Na klar.)

Was ist denn nun mit den offenen Kosten

(Harry Glawe, CDU: Ihre Fragen dürfen Sie ja stellen.)

für eine der größten Grillpartys der Welt?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die habe ich ja auch immer gestellt.)

Und ich sage noch mal, das eine, Herr Dr. Jäger, hat mit dem anderen nichts zu tun.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Im Übrigen geht meine Fraktion auch davon aus – mein Fraktionsvorsitzender hat darauf verwiesen –, dass das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt.“ auch gegenüber den betroffenen Kommunen gilt. Die zu erwartenden Kosten für die Hansestadt Rostock, für den Landkreis Güstrow und für den Landkreis Bad Doberan sind deshalb in die Verhandlungen mit dem Bund mit einzubeziehen. Da kann es kein Wenn und Aber geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Wir reden also nicht über eine Finanzierung zwischen Land und Bund von 92 Millionen Euro, sondern von mindestens 102 Millionen Euro.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sollte es nicht gelingen, mit dem Bund auch über die Kosten des Rettungsdienstes und anderer Fragen, die die Kommunen zu tragen haben, zu reden,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Wollen Sie nicht gleich die Leitstellen mit integrieren?)

gehen wir davon aus – und wir werden dieses im zuständigen Innenausschuss beantragen –, dass es zwischen dem Land und den betroffenen Kommunen ebenfalls zu einer belastbaren Vereinbarung über die Folgekosten des G8-Gipfels kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich denke, wir sind uns hier alle einig: Die finanzielle Situation der Hansestadt Rostock, aber auch der Landkreise Güstrow und Bad Doberan erlaubt es keineswegs, diese zusätzlichen Belastungen zu tragen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie haben uns gut zugehört.)

Sie sind damit finanziell genauso überfordert wie das Land. Im Übrigen dürften Sie das auch gar nicht, wenn man den Haushaltserlass des Innenministeriums, der uns gestern zugegangen ist, ernst nimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

Deshalb sind wir hier auch in der Verantwortung, in der Finanzverantwortung für die kommunale Ebene mit zu entscheiden, und ich hoffe nur, dass Sie das bei den Beratungen entsprechend berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Stefan Köster, NPD: Unser Fraktionsvorsitzender spricht.)

Dann hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende. Bitte, Herr Pastörs.

**Udo Pastörs, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Wahrheit geht zwar häufig unter, aber sie ertrinkt nicht. Dies möchte ich in erster Linie an Herrn Ringstorff adressiert wissen, denn er ist es, der durch Täuschung, Verschleierung und Lüge, sowohl die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern als auch das Parlament in eine Situation hineinmanövriert hat, aus der er nun hoffentlich nicht mehr herausfindet.

(Heike Polzin, SPD: Das war auch unparlamentarisch. – Reinhard Dankert, SPD: Diese Worte aus Ihrem Mund sind zynisch.)

Wir erinnern uns: Noch im Juli des Jahres wurde von den Rot-Roten versichert, dass die Kosten des Landes höchstens 10 Millionen Euro betragen würden, zu einem Zeitpunkt also, wo Sie, Herr Ringstorff, laut Aussage Ihres geschassten Exinnenministers Timm längst schon wussten, dass diese Summe nicht gehalten werden kann. Ja, es gibt Indizien dafür, dass Sie schon im Dezember letzten Jahres, spätestens Januar dieses Jahres, über das Finanzdesaster umfangreich informiert waren.

Die Unverschämtheit – initiiert vom Gespann Schröder/Ringstorff und nun inszeniert von der großen Koalition CDU/SPD. Die Rechnung hierfür mit Zins und Zinseszins präsentieren Sie dann in nicht zu überbietender Ignoranz und Arroganz den Bürgern unseres Landes. Die Aufführung dieses Gaunerstücks wird, und das sage ich Ihnen hier ganz verbindlich zu, auch außerparlamentarisch zu erbittertem Widerstand der NPD und seiner Anhängerschaft führen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist ja wohl unparlamentarisch, Gaunerstück!)

Sie von der Regierungskoalition wollen hier etwas durchdrücken, was nicht nur den Landeshaushalt total überlastet, sondern was auch die Kommunen mit in Kollektivhaftung nimmt. Rostock wird zum Beispiel mit 7 Millionen Euro belastet. Der Kreis Güstrow meldet 2,5 bis 3 Millionen Euro. Ihr Doberaner SPD-Genosse, Herr Ringstorff, Landrat Leuchert, schweigt sich einstweilen noch über die Kosten aus. Und das, was Sie hier den Bürgern als Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund servieren wollen, ist ein weiterer billiger Trick, die Menschen bezüglich der Kostenaufteilung hinters Licht zu führen.

Die NPD-Fraktion kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir es nicht mit einem neuen Ringstorff'schen Kabinett, sondern mit einer Kaspertruppe oder einer Laienschauspielschar zu tun haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Wer hier wohl die Kaspertruppe ist?!)

Wie anders ist es zu bewerten, ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, Entschuldigung. Ich ermahne Sie dringend, die unparlamentarischen Worte zu unterlassen und die Würde dieses Hauses zu beachten.

**Udo Pastörs, NPD:** Dann schicken Sie mir bitte die Liste der unparlamentarischen wortpolizeilichen Niederlegung.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Nein, Sie müssen sich einfach höflich ausdrücken, Herr Pastörs!)

Ich fahre fort: Wie anders ist zu bewerten, dass der noch amtierende Ministerpräsident sich auch hier im Hause für die Durchführung des Gipfels stark gemacht hat, während Herr Dr. Till Backhaus genüsslich vor den Medien eine Absetzung des Gipfels für durchaus möglich hält.

Und was kommt in dieser Sache aus den heiligen Hallen der Angela Merkel aus Berlin zu uns herübergeweht?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erstens, der Gipfel muss in Heiligendamm stattfinden, zweitens, der Bund zahlt nicht mehr als 25 Millionen Euro laut Kanzleramtsminister de Maizière und Staatssekretär Pfaffenbach.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Harry Glawe, CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wenn schon Französisch, dann ganz.)

Diese beiden Herren haben im Übrigen zu Recht bemängelt, dass bis zum gestrigen Tage eine Verwaltungsvereinbarung über die Kosten gerade auch deswegen nicht möglich gewesen ist, weil ihnen bis zum gestrigen Tage noch nicht einmal eine spezifizierte Aufschlüsselung der wirklichen Kosten vorgelegt wurde, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was für ein Saustall, kann man da nur sagen, den Sie hier vor sich herschieben!

Herr Ringstoff, wären Sie doch dem Rat Ihres Gönners und Duzfreundes Friedrich Harms gefolgt, der Ihnen über die „Bild-Zeitung“ vom 23.09. den Rat übermitteln ließ: „Herr Ringstorff, gehen Sie in Rente!“ In Anbetracht der Tatsache, und darüber sollten Sie auch einmal nachdenken, meine Herren, ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Udo Pastörs,** NPD: Ja, ich komme zum Ende.

... dass 80 Prozent der Wahlberechtigten in Mecklenburg Sie nicht gewählt haben,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Und in Vorpommern?)

schließen wir von der NPD uns dieser Empfehlung des Herrn Friedrich Harms an.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das wird Herrn Harms sehr wehtun. – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Herr Ringstorff, ersparen Sie dem Land Mecklenburg und Vorpommern weitere Peinlichkeiten, gehen Sie in Rente!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, beenden Sie jetzt Ihren Redebeitrag!

**Udo Pastörs,** NPD: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, da Sie meine Ermahnungen doch nicht beachtet haben, erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NDP: Nehme ich zur Kenntnis.)

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Herr Dr. Jäger.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Damit wir uns wieder mit dem befassen, was eigentlich den Tagesordnungspunkt angeht, möchte ich einige Worte dazu sagen.

Erstens. Es waren die Verantwortlichen aus der SPD, der CDU, der PDS und der FDP, die dafür gesorgt haben, dass diese Beratung dort stattfindet, wo sie hingehört, nämlich in diesem Landtag, in diesem Hohen Hause, und das ist schon ganz gut, was wir da gemeinsam gemacht haben. Ich schließe mich auch ohne weitere Einschränkungen dem Überweisungsantrag an, den Herr Kollege Schlotmann hier gestellt hat.

Ich möchte zur Sache und zur Bewertung des jetzigen Sachstandes nur eines sagen: Gut, dass wir in der Ersten Lesung eine Diskussion hatten, die jedenfalls über Teile der Würde dieses Hohen Hauses entsprochen hat. Nämlich sicher wäre das, was letzten Freitag als Gespräch in Berlin stattgefunden hat, nicht so gelaufen, wenn wir nicht darüber geredet und unsere Meinungen so offen gesagt hätten. Das sage ich auch an diejenigen, die kritisieren, dass über lange Zeit Zahlen nicht so bekannt waren, wie sie hätten sein sollen.

Frau Gramkow, Sie haben gesagt, erst jetzt seien Zahlen herausgekommen. Ja, Sie haben das so ein bisschen verklausuliert. Ich sage mal, ich wundere mich, dass Sie nicht, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie haben mir nicht zugehört. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Oh, ich höre Ihnen immer mit Begeisterung zu, Frau Gramkow.

(Heiterkeit bei

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Ja, ich wundere mich nur, dass Sie jetzt von diesem Pult nach so langen Jahren das erste Mal von der Landesregierung verlangen, sie solle Ihnen reinen Wein einschenken. Gepanschten Wein verträgt man nicht

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:

Herr Dr. Jäger, wir können doch nichts dafür, dass Sie auch hinters Licht geführt wurden bei den Koalitionsverhandlungen.)

und deswegen wäre es sicher gut gewesen, wenn es denn so gewesen wäre, dass Sie das früher gefordert hätten.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Lassen Sie doch die Wut nicht an uns aus!)

Aber auch das schenke ich uns gemeinsam. Das müssen wir nicht miteinander auskämpfen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Schade.)

Ich wünsche mir nur, dass Kleine Anfragen, die Sie auch angesprochen haben, so beantwortet werden, dass man sie nach Jahresfrist auch noch mal vornehmen kann und dann stimmt es so. Sie entsinnen sich, ich hatte eine gestellt, und wenn ich ...

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Meinen Sie jetzt die zu den Koalitionsverhandlungen in der Staatskanzlei oder welche?)

Ja, sehen Sie, Herr Ritter, wenn Sie nicht immer so verklemmt wären, was Koalitionsverhandlungen anging,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

hätten Sie gemerkt, diese Kleine Anfrage,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Nee, das war ein Scherz.)

von der Ihre frühere Fraktionschefin und ich hier gerade sprechen, betraf den Besuch des amerikanischen Präsidenten.

Und wir werden ja noch sehen, was im Endergebnis dann an Kosten dabei herauskommt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Na klar.)

Nur, das Institut der Kleinen Anfrage, das möchte ich uns doch allen noch mal ins Stammbuch schreiben, ist schon ein ganz wichtiges

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut. Wir werden es nutzen.)

und wir sollten uns da auch nicht entmutigen lassen. Ich wünsche mir, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Deswegen hoffe ich ja auch, dass ich eine ehrliche Antwort bekomme.)

Aber klar, das habe ich auch immer eingefordert, das werde ich auch weiter tun.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Dann sind wir uns ja einig.)

Frau Gramkow! Meine Damen und Herren! Ich wünsche diesem Hause das Selbstbewusstsein, das wir als Abgeordnete brauchen, um in dieser Frage eine weise Entscheidung zu treffen. Ich glaube, das Verfahren, das wir gemeinsam, jedenfalls die Mehrheit in diesem Hause einschließlich eines großen Teils der Opposition, gewählt haben, und zwar einvernehmlich, ist ein gutes und trägt dazu bei, dass dieses Haus die Entscheidung trifft und niemand anderes. Und genauso muss das auch sein.

Ich hoffe, dass wir in den Ausschüssen alle Fragen beantwortet bekommen, die jeder von uns dort hat, und dass am Schluss steht, wovon wir, glaube ich, alle mal ausgegangen sind, dass dieser Gipfel das Ansehen unseres Landes mehren möge.

(Michael Andrejewski, NPD: Das bezweifle ich.)

Ich wünsche mir, dass wir das dann auch sagen können, auch wenn einige das nicht wollen, die einfach nur Unordnung wollen und die nicht wollen, dass dieses Land erfolgreich ist.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Na, na, na! – Zuruf von  
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Das sollten wir uns als Landtag nicht antun. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roof.

**Michael Roof, FDP:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für uns als FDP-Fraktion ist der Vorgehensweg, wie wir ihn jetzt beschreiben, ein richtiger, ein logischer und ein konsequenter. Aus diesem Grund werden wir

dem auch zustimmen, dass dieses Gesetz sowohl im Finanzausschuss als auch im Innenausschuss des Landtages zu beraten ist.

Ich will aber auch eines an dieser Stelle ganz deutlich sagen, und das sage ich, da drehe ich mich auch um, in die Richtung der Landesregierung: Tun Sie uns allen bitte einen Gefallen und legen Sie alles auf den Tisch, was Sie wissen! Machen Sie mit uns keine Spielchen, keine Salami-taktik! Der Schaden für dieses Land um diese Diskussion ist heute schon so groß, wie es eigentlich nicht sein müsste. Seien Sie ehrlich, seien Sie offen! Wir können über Fehler sprechen, wir können über Probleme sprechen, aber führen Sie das Parlament nicht hinters Licht!

(Beifall bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS, FDP und NPD)

Seien Sie ehrlich mit den Ausschüssen, seien Sie ehrlich mit den Abgeordneten und seien Sie ehrlich zu sich selber! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Roof.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

In der Debatte ist vereinbart worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Die Fraktion der NPD hat darüber hinaus beantragt, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Agrarausschuss zu überweisen.

Ich lasse zunächst darüber abstimmen, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU bei Gegenstimmen der Fraktion der Linkspartei.PDS und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

(Angelika Peters, SPD:  
Aber FDP habe ich nicht gehört.)

Die Fraktion der FDP hat zugestimmt.

Nunmehr lasse ich über den Überweisungsantrag der Fraktion der NPD abstimmen, den Gesetzentwurf der Landesregierung zusätzlich zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss,

(Der Abgeordnete Stefan Köster  
bittet um das Wort zur Geschäftsordnung.)

an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Agrarausschuss zu überweisen. ...

(Stefan Köster, NPD: Es liegt etwas von uns  
schriftlich vor. – Zuruf aus dem Plenum:  
Wir sind in der Abstimmung.)

Wir sind jetzt in der Abstimmung.

... Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen

möchte, den bitte jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der NPD mit den Stimmen der anderen Fraktionen des Hohen Hauses abgelehnt.

(Stefan Köster, NPD: Ich bitte, ins Protokoll zu nehmen, dass ich dagegen Widerspruch einlege, weil wir haben mündliche Anhörung beantragt.)

Herr Köster, wenn Sie jetzt noch einen Antrag stellen, dann müssen Sie das ...

(Stefan Köster, NPD: Der Antrag liegt vor.)

Gut.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Udo Pastörs, NPD: Was soll das?)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages, wie bereits mitgeteilt, für Mittwoch, den 6. Dezember 2006, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15.00 Uhr**